

Gemeinsame Aktion von ELTERN und INSM Kostenloser Kindergarten rechnet sich

11.12.2006 - Investitionen in kostenlose Kindergartenplätze für Kinder zwischen drei und sechs Jahren zahlen sich aus, so eine Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die die Zeitschrift ELTERN heute, Dienstag, 11. Dezember, im Rahmen einer Pressekonferenz exklusiv veröffentlicht hat. Nach den im INSM-Auftrag entstandenen Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) ist der zusätzliche Finanzbedarf von rund 3,6 Milliarden Euro für die flächendeckende Bereitstellung kostenloser Halbtagesplätze langfristig voll zu kompensieren.

Kindergärten in Deutschland müssen nicht nur besser werden, sie müssen auch besser besucht werden. Doch viele Verbesserungsvorschläge werden - oft mit Hinweis auf die Kosten - nicht umgesetzt. Dabei zeigt eine neue von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Auftrag gegebene Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW): Investitionen in die frühkindliche Bildung lohnen sich für den Staat gleich mehrfach. Anfängliche Mehrkosten könnte der Staat bereits nach wenigen Jahren wieder einspielen.

Warum ist der Besuch einer Vorschul-Einrichtung von entscheidender Bedeutung?

Für einen guten Start in der Schule und späteren Erfolg im Beruf ist der Kindergarten nachweislich die beste Voraussetzung. Trotzdem besucht jedes zehnte Kind in Deutschland nie eine Vorschul-Einrichtung. Darunter sind viele Mädchen und Jungen aus bildungsfernen Schichten, die ganz besonders von ihr profitieren würden, z.B. weil sie sprachlichen Nachholbedarf haben und zu Hause nur wenig Anregung bekommen. Die PISA-Studie stuft 22,3 Prozent aller Schüler in Deutschland als Risikogruppe in Sachen Bildung ein - die Lesekompetenzen dieser Jugendlichen reichen für das Erlernen eines Berufs nicht aus.

Die Zeitschrift ELTERN fordert deshalb eine deutliche Stärkung der Kindergärten durch den Gesetzgeber und setzt sich für folgende Maßnahmen ein:

Kostenloser Kindergarten-Besuch für alle Kinder ab dem 3. Geburtstag:

In Deutschland tragen die Eltern mit 28 Prozent einen vergleichsweise hohen Anteil an den Kosten des Kindergartens. Eine Kostenbefreiung würde die Hemmschwelle senken, das Kind in einer Einrichtung anzumelden. Es ist schwer einsehbar, warum Schulbildung kostenlos ist, frühkindliche Bildung aber nicht.

Bundesweit geltende Bildungsstandards für Kindergärten:

Attraktiv ist der Kindergarten nur dann, wenn die Qualität stimmt. Das ist heute längst nicht in allen Einrichtungen der Fall. Daher brauchen wir überprüfbare und bundesweit geltende Mindeststandards. Die bereits existierenden Bildungspläne der Länder müssen harmonisiert werden. Erzieherinnen benötigen eine Hochschulausbildung, wie sie in allen OECD-Ländern außer Deutschland und Österreich selbstverständlich ist.

Ein verpflichtendes Kindergartenjahr vor der Einschulung:

Ein Kindergartenjahr wäre die letzte Chance für viele Kinder, besonders für solche mit Sprachschwierigkeiten, vor dem Schulstart noch Anschluss zu finden. Eine Mehrheit der Eltern ist dafür: 70 Prozent befürworten eine Kindergartenpflicht für einen "Halbtagsplatz ab dem vierten, spätestens dem fünften Geburtstag" (Forsa-Umfrage im Auftrag von ELTERN, Oktober 2006).

Stärkung der Eltern durch Verbesserung und Vernetzung von Hilfsangeboten:

Die Gesellschaft muss sich früher um Familien in schwierigen Verhältnissen kümmern, das heißt unter anderem: mehr Anlaufstellen schaffen, Ärzte, Therapeuten, Hebammen und Jugendämter besser miteinander vernetzen, die aufsuchende Sozialarbeit stärken, frühzeitig Werbung für den Kindergarten machen.

Der Finanzbedarf von 3,6 Milliarden Euro kann langfristig voll kompensiert werden. Die neue INSM-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Bereitstellung zusätzlicher Betreuungsplätze und die Höherqualifizierung der Erzieherinnen die öffentliche Hand mit rund 1 Milliarde Euro jährlich belastet. Die Abschaffung der Elternbeiträge schlägt mit etwa 2,6 Milliarden Euro p. a. zu Buche. Damit ergibt sich insgesamt ein Finanzbedarf von ca. 3,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Weil durch die Umsetzung der ELTERN-Forderungen deutlich mehr Kinder vorschulische Bildung erfahren und die Qualität der Kindergärten steigt, fallen künftig deutlich weniger Kosten für teure Nachschulungen wie berufsvorbereitende Maßnahmen oder außerschulische Berufsbildung an. Die INSM-Studie rechnet hier mit einer Entlastung von mindestens 1 Milliarde Euro jährlich. Dank besserer Betreuungs-Infrastruktur ist außerdem mit einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit zu rechnen - und entsprechend mit steigenden Steuereinnahmen. Darüber hinaus wird durch bessere Qualifizierung die Jugenderwerbstätigkeit zunehmen. Auch daraus ergeben sich positive steuerliche Effekte. Durch eine Herabsetzung des Einschulungsalters um ein Jahr könnte der Staat schließlich etwa 2,9 Milliarden Euro p. a. einsparen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft ist überzeugt, dass die Mehrausgaben bei einer Reform der Kindergartenbetreuung in jedem Fall langfristig voll kompensiert werden können. Als kurzfristige Gegenfinanzierung schlägt das IW unter anderem vor, die demografische Rendite (zum Beispiel durch sinkende Schülerzahlen) in die frühkindliche Bildung einzuzahlen.

Projektverantwortlich für die INSM:

Carsten Seim
Redaktionsleiter
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
Tel.: 0221/4981-403
Fax: 0221/4981-99403

Rückfragen Gruner + Jahr:

Leslie Middelman
Kommunikation / PR
Verlagsgruppe Frauen / Familie / People
Gruner + Jahr AG & Co KG
Tel.: 040 / 3703-2455; Fax: -5703
E-Mail: middelmann.leslie@guj.de